



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

Deutsch-französisches Abkommen über die Marokkofrage vom 9. Februar  
1909.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

da Deutschland immer mehr erstarkte, erweiterte sich in England der Kreis derjenigen, die einen Waffengang für unabwendbar hielten. Britanien könne es nicht darauf ankommen lassen, daß ihm die Verbindung mit seinen Kolonien und die Zufuhr zur See durch eine fremde Flotte oder durch einzelne Kreuzer abgeschnitten werde; das wäre nicht bloß sein Niedergang, sondern der Tod. Dieser Antrieb wirkte so elementar wie irgendeine Naturkraft innerhalb der unbeseelten Welt, wie der elektrische Strahl, der auf die Wohnstätten der Menschen niederfährt, oder die Flut, die ihre Häuser zerstört. Von seiten Deutschlands war es nicht Bosheit, daß es wuchs, damit folgte es nur den seine Entwicklung bestimmenden Gesetzen. Ebenso naturnotwendig war das Widerstreben Albions gegen den sich anbahnenden Umschwung. Die geschichtliche Darstellung gewinnt nichts, wenn sie an die Empfindungen der Völker und überhaupt an Massenerscheinungen innerhalb der Menschheit den moralischen Maßstab anlegt, der sehr wohl berechtigt ist, wenn die Taten einzelner Menschen zu beurteilen sind. Dort, wo die Menschen als Gemeinschaften handelnd auftreten, als Volksschichten, Nationen und Rassen, als Kirchen und Konfessionen, stehen sie unter elementaren Trieben, die sich durch Vernunft und Moral nur schwer bändigen lassen. Es ist die erhabene Aufgabe der Religion und der Sittenlehre, auf diese Triebe sänftigend und erziehend einzuwirken; der Historiker aber erfüllt seine Aufgabe besser, wenn er das Werden der Dinge begreifen lehrt, statt es Schritt auf Schritt zu meistern, zu preisen oder zu verdammen.

\*

### Deutsch-französisches Abkommen über die Marokkofrage vom 9. Februar 1909

Das Eingreifen der englischen Regierung in die Balkanpolitik hatte mit einem diplomatischen Mißerfolg geendigt, worüber Grey innerhalb wie außerhalb des Parlaments viel Unangenehmes zu hören bekam. Das Mißbehagen wurde durch die Haltung Frankreichs vergrößert, das in dieser Angelegenheit und auch sonst seine eigenen Wege ging. Selbst in der Marokkofrage bog es, so lebhaft auch der Streit mit Deutschland

zeitweilig aufrauschte, in die Bahn eines Vergleiches ein, der dem Londoner Kabinett ungelegen kam. Die zwei festländischen Kabinette standen einander zwar immer gereizt gegenüber, doch keines hatte Lust, es Marokkos wegen zum Kriege zu treiben. Die deutsche Regierung sagte sich nach ihren auf der Algeciras-Konferenz gemachten Erfahrungen, daß ihr ursprüngliches Programm, die Unabhängigkeit des scherifischen Kaiserreiches, nicht durchzusetzen war. Es lohnte sich nicht, darob mit den zwei engverbundenen Westmächten in blutigen Hader zu geraten. Frankreich arbeitete zähe an der sogenannten friedlichen Durchdringung Marokkos, während sich die deutsche Regierung damit begnügte, die Algeciras-Akte gegen Eingriffe zu verteidigen. Nun ist der vordringende Teil immer gegen denjenigen im Vorteil, der sich auf die Abwehr beschränkt. Es war auch vergeblich, sich der Selbstherrschaft des marokkanischen Kaisers anzunehmen, der sich nicht einmal gegen Aufstände in seinem Lande behaupten konnte. Zuerst erhob sich gegen Sultan Abdül Aziz ein Anführer von Räuberscharen, namens Kaisuli, der Ende 1906 sogar Tanger bedrohte. Dann pflanzte Muley Hafid, der Bruder des Sultans, im August 1907 die Fahne der Empörung auf, nötigte ihn zur Flucht an die Küste, und das Ende war, daß der siegreiche Bewerber im Februar 1909 von den Mächten als Herrscher anerkannt wurde. Aber gegen ihn rebellierten wieder andere Häuptlinge. Diese Unruhen kamen der Politik Frankreichs zugute, welches bei den häufigen Mordtaten Sühne für seine Staatsangehörigen zu fordern das Recht hatte und die Anlässe dazu benützte, Stücke marokkanischen Bodens an sich zu reißen. Es besetzte auf diese Weise die Dase Tafilet und dann die Stadt Abdschda an der algerischen Grenze. Weit wichtiger war, daß französische Truppen im August 1907 auch in Casablanca, dem wichtigsten Hafenplatz der Westküste, einrückten, wo einige Europäer niedergemacht worden waren. Die ganze Ebene an der Westküste stand seitdem unter französischer Herrschaft. In Casablanca ereignete sich darauf ein Zwischenfall, der schlimme Folgen nach sich ziehen konnte. Drei Deutsche, die in der französischen Fremdenlegion dienten, entflohen und riefen den Schutz des deutschen Konsuls in Casablanca an, der sich ihrer annahm und sie auf ein deutsches Schiff bringen lassen wollte. Da stürmten (25. September 1908) französische Marinesoldaten heran, entrißen die Deserteure dem Konsulatssekretär, drohten ihn zu erschießen und verprügelten den Diener des Konsuls. Darob Sturm sowohl in Deutschland wie in Frankreich; auf beiden Seiten wurde von

Verletzung des Völkerrechtes und von Genugtuung mit den Waffen gesprochen. Ministerpräsident Clemenceau führte die Pariser Presse so geschickt ins Treffen, daß er als Hüter der Ehre seines Landes auftreten konnte. Es war, wie alle sachkundigen Leute in den zwei Ländern erkannten, ein falscher Alarm; das aber hinderte England nicht, der französischen Republik fünf Divisionen Infanterie und eine Division Kavallerie anzubieten, falls es zum Schlagen käme<sup>1)</sup>. Indessen wollten die Kabinette von Paris und Berlin Schlimmeres vermeiden und einigten sich am 24. November 1908 auf die Anrufung des Haager Schiedsgerichtes. Damit war die Sache abgetan; als das Schiedsgericht am 22. Mai 1909 seinen Spruch verkündete (die Deutschen bekamen wegen des Schutzes von Deserteuren unrecht, die Franzosen wegen der verübten Gewalttätigkeit), war diesseits wie jenseits des Rheins die Haupt- und Staatsaktion bereits halb vergessen.

Schon bei diesem Anlasse zeigte sich, daß die deutsche Regierung zum Einlenken bereit war. Marokko erforderte einen unverhältnismäßigen Aufwand an Kraft und lähmte Deutschland bei der Verteidigung wichtigerer Interessen. Das Berliner Kabinett sagte sich, daß es im Sommer 1905 besser getan hätte, sich mit Frankreich zu verständigen, statt auf einer internationalen Konferenz zu bestehen, auf der es eine Niederlage erlitt. Deshalb kam es während der bosnischen Krise den Franzosen entgegen und man verständigte sich über die Auslegung der strittig gewordenen Algeciras-Akte. In der Abmachung vom 9. Februar 1909 wurde die arg durchlöchernte Integrität und Souveränität Marokkos zwar nochmals anerkannt und den Deutschen wirtschaftliche Gleichberechtigung im Lande zugesichert; das Neue und Entscheidende jedoch war, daß die deutsche Regierung zugestand, daß Frankreich in Marokko besondere politische Interessen besitze, und das Versprechen, deren Geltendmachung nicht hindern zu wollen. Deutschland billigte dem westlichen Nachbar somit in politischen Dingen den Vortritt zu, ohne dabei die völlige Unterwerfung des Landes zuzugestehen.

Der Vorteil der Abmachung für Frankreich lag auf der Hand, so daß dessen Regierung töricht gewesen wäre, nicht darauf einzugehen. Ihr letzter Beweggrund war jedoch der Einblick in die militärische Schwäche Rußlands, wozu das verächtliche Urteil Clemenceaus über Iswolstij trat. Sich diesem Bundesgenossen anzuvertrauen, wäre ein

<sup>1)</sup> So nach Debidour, l. c. S. 100.

Abenteuer gewesen. England aber war für den Kriegsfall kein vollgültiger Ersatz, und daher blieb die französische Regierung taub für die Lockungen König Eduards.

Es war für Deutschland an der Zeit, den 1905 begangenen Fehler gutzumachen. Denn um Neujahr 1909 war der Streit um Bosnien auf der Höhe, und England rührte die Trommel, um gegen die Mittelmächte Genossen zu werben. Dem Londoner Kabinett wäre es willkommen gewesen, wenn Deutschland und Frankreich sich Marokkos wegen noch länger gestritten hätten. Da dies den zwei Kabinetten klar war, kamen sie überein, die soeben erzählte Verhandlung vor der englischen Regierung geheimzuhalten. So hatte die deutsche Diplomatie in der bosnischen Sache nicht gegen zwei Fronten zu kämpfen und errang, vereint mit Österreich-Ungarn, einen schönen Erfolg. Eduard VII. erhielt die Kunde von dem deutsch-französischen Marokkoabkommen erst nach dessen Abschlusse, in dem Augenblicke, als er in Gesellschaft des Unterstaatssekretär Hardinge in London den Bahnhof betrat, um nach Berlin abzureisen. Der König, so sagt ein französischer Bericht, zeigte zwar nicht Unzufriedenheit, aber Erstaunen; Hardinge jedoch, der den Schatten auf der Stirn seines Souveräns bemerkte, sagte zu ihm: „Das ist für Frankreich zwar ein gutes Geschäft, aber sicherlich nicht genug, um es Elsaß-Lothringen vergessen zu machen<sup>1)</sup>.“ Diese Worte klingen an eine Äußerung Palmerstons aus dem Jahre 1863 an, als Polen sich gegen die russische Herrschaft erhob und England sich des Aufstandes annahm; damals sagte der englische Premierminister: „Die Wunde muß weiter bluten!“

Die üble Laune König Eduards bei dem Besuche in Berlin war, wie der belgische Gesandte Greindl am 17. Februar 1909 nach Brüssel berichtete, jedermann sichtbar: „Der König von England, erkältet und von den ihm gebotenen Festlichkeiten sichtlich ermüdet, war sehr schweigsam. Seine Majestät hatte keine politische Unterhaltung mit dem Reichskanzler. Er sprach mit dem Fürsten Bülow nur einige Minuten... über gleichgültige Dinge. Damit wurde gerade nur den Forderungen der politischen Höflichkeit Genüge getan<sup>2)</sup>.“ Man muß nicht annehmen,

<sup>1)</sup> So erzählt Mermeix (Deckname für Gabriel Terrail) in seinem gute Mitteilungen enthaltenden Buche, „Chronique de l'an 1911“ (Paris 1912), S. 18, mit dem Beifügen, ein Freund Hardinges habe ihm die Worte nach den Angaben des Unterstaatssekretärs berichtet.

<sup>2)</sup> Wie Bendendorff nach Mitteilungen Hardinges am 3. Februar 1909 an Iswolstij berichtet (Siebert, I. o. S. 721), war vorgesehen, daß Eduard VII. persönlich nur die Haltung

daß der König von dem Zusammenstoß zu Casablanca einen deutsch-französischen Krieg erwartete oder ihn wünschte — wozu kein Anzeichen vorliegt —, ganz unwillkommen aber wäre ihm eine vollständige Ausöhnung der zwei arg verfeindeten Nationen gewesen<sup>1)</sup>).

\*

## Deutsche Flottenpolitik

In den Jahren 1905 bis 1907 waren im englischen Schiffsbau die finanziellen Rücksichten ausschlaggebend; genötigt durch die ungünstiger gewordene Lage des Staatshaushaltes, weniger aus pazifistischen Erwägungen, schränkte Großbritannien den Bau von Panzerschiffen ein. Unterdessen rechte sich Deutschland wirtschaftlich so stattlich in die Höhe, daß es die Last der Rüstungen ohne sichtbare Beschwerden trug. Genau nach dem Flottengesetze von 1900 wurde jährlich die bestimmte Zahl von Schlachtschiffen auf Kiel gelegt, so daß im Jahre 1917 deren 34 gebaut sein sollten. Dazu kam 1906 eine wichtige Ergänzung, indem der Reichs-

Deutschlands in der bosnischen Frage besprechen sollte. Hardinge sagte (L. o. S. 729) zu Bendorff u. a.: „Ich kann Ihnen nur erklären, daß nach unserer Meinung im F. O., solange eine Frage der Flottenrüstungen besteht, das an und für sich wünschenswerte Resultat ganz normaler Beziehungen zwischen Deutschland und England unerreichbar sein wird.“ Nachdem die Zusammenkunft stattgefunden, betonten Hardinge in London und Bülow in Berlin den Vertretern Rußlands gegenüber den zufriedenstellenden Verlauf des Berliner Aufenthaltes Eduards VII. Osten-Sacken, Rußlands Botschafter in Berlin, teilte nach Petersburg mit (Siebert, l. o. S. 727), Hardinge habe Bülow zum Marokkoabkommen beglückwünscht. Das englische Kabinett sei bereit, alle derartigen dem Frieden dienenden Bestrebungen zu unterstützen. Diesem Zweck habe auch der Besuch König Eduards in Berlin gegolten.

<sup>1)</sup> In Debidour, „Histoire diplomatique de l'Europe“ wird der historische Sachverhalt auf den Kopf gestellt (IV. Band, S. 64, 96). Deutschland, so behauptet er, sei begierig gewesen, für seinen zu Algéciras erlittenen Mißerfolg Rache zu nehmen. In seinem Groll hätte es die schlimmsten Absichten gehabt und sei nur durch England, besonders aber durch Österreich-Ungarn, von deren Ausführung abgehalten worden. Das Wiener Kabinett habe dem Berliner vorgehalten, es befände sich im Casablanca-Streit im Unrecht und Deutschland zum Nachgeben bestimmt. Das sind Phantasien Debidours. Das Wiener Kabinett wünschte zwar den Ausgleich in der Casablanca-Angelegenheit; da es aber in der bosnischen Frage auf die Hilfe Deutschlands angewiesen war, hatte es Dringenderes zu tun, als dessen Regierung durch Moralpredigten lästig zu fallen.